



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Stellungnahme

zur

Motion

Nr. 250 2010/2012

von Andreas Wüest namens der SP/JUSO-Fraktion

vom 18. November 2011

(StB 818 vom 5. September 2012)

Arabischer Frühling - Die Stadt Luzern setzt ein Zeichen der Partnerschaft

Der Stadtrat nimmt zur Motion wie folgt Stellung:

Die Stadt Luzern ging ihre erste Städtepartnerschaft 1978 ein, seit 2002 existieren sechs Städtepartnerschaften. Diese werden von einer zentralen Stelle in einem Teilzeitpensum betreut und koordiniert. Zurzeit stehen zur Erfüllung dieser Aufgaben ein 30-Prozent-Pensum sowie ein jährlich zu budgetierender Projektkredit zur Verfügung. Für das Jahr 2012 ist dieser mit Fr. 100'000.– dotiert.

Der Motionär verlangt, eine neue Partnerschaft mit einer Stadt im nordafrikanischen Raum einzugehen. Der Stadtrat nimmt dazu auf zwei Ebenen Stellung:

1. Eine neue Städtepartnerschaft

Seit mehreren Jahren stellt der Grosse Stadtrat mittels drei- bzw. vierjährigen Rahmenkrediten Projektmittel für Aktivitäten mit den Luzerner Partnerstädten zur Verfügung. In den Parlamentsdebatten 2003 und 2007 bestand Konsens, dass sechs Städtepartnerschaften genug seien. Der Stadtrat hat internationale Anfragen, eine neue Partnerschaft einzugehen, stets in diesem Sinne abgelehnt. Bei der Debatte über den B+A 2/2011 vom 23. Februar 2011:

„Städtepartnerschaften. Fortführung 2012–2014“ wurde nachfolgende Protokollnotiz überwiesen, wonach der Stadtrat beauftragt wird, die Wirkung der sechs Städtepartnerschaften zu evaluieren und allenfalls Konsequenzen daraus zu ziehen:

„Einfache Analyse: Bis Ende Periode sind alle Partnerschaften zu evaluieren im Hinblick auf folgende Punkte:

1. Profil der Partnerschaft
2. Aufzeigen des Mehrwerts und des Potenzials für die Stadt als Grundlage für einen Entscheid auf der strategischen Ebene, welche Partnerschaften weitergezogen werden oder, eventuell, welche aufgebaut werden sollen.“

Für die Mehrheit des Grossen Stadtrates ist damit nicht ausgeschlossen, eine oder gar mehrere Städtepartnerschaften dereinst aufzugeben.

Die verlangte Analyse soll bis 2014 vorliegen und in den dannzumal vorzulegenden Bericht und Antrag über die Fortführung der Städtepartnerschaften einfließen. Dem Stadtrat erscheint es sinnvoll, erst über eine neue Städtepartnerschaft zu befinden, wenn die erwähnte Analyse vorliegt.

2. Demokratisierungsbewegungen im arabischen Raum

Die Schweiz verfolgt seit den ersten revolutionären Umwälzungen eine sogenannte „Nordafrika-Strategie“. Damit will der Bund den betroffenen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens möglichst gute Rahmenbedingungen für die Veränderungsprozesse schaffen. Die Nordafrika-Strategie setzt drei Schwerpunkte:

1. Unterstützung der demokratischen Transition und der Menschenrechte
2. Wirtschaftsförderung und Schaffung von Arbeitsplätzen
3. Schutz besonders exponierter Bevölkerungsgruppen

Dabei hat der Bund beispielsweise folgende Projekte umgesetzt:

- In der tunesischen Provinz Kasserine hat die Schweiz den Bau zweier Wasseraufbereitungsanlagen unterstützt, welche die Lebensbedingungen von 40'000 Menschen nachhaltig verbessern.
- Ebenfalls in Tunesien wurden 200 Personen in der Installation und Wartung von Solaranlagen ausgebildet.
- In Ägypten unterstützt die Schweiz ein Projekt zum Bau von Fischteichen, um die lokale Fischerei zu stärken.
- Ausbildung des marokkanischen Zivilschutzes zwecks Aufbau von freiwilligen, nachbarschaftlichen Rettungsteams, um die Hilfeleistung, z. B. beim Einsturz von Häusern in den ersten Stunden nach einem Katastrophenereignis, sicherzustellen

Ein städtisches Engagement müsste sich im Rahmen dieser Strategie bewegen, wobei es einer Schweizer Stadt sicher nicht möglich ist, an Leib und Leben gefährdete Menschen vor Ort zu schützen. Denkbar wäre hingegen, unter gewissen Voraussetzungen (gewisse autonome Rechte der Städte, minimaler Grad an Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit von Justiz und Medien) beim demokratischen oder wirtschaftlichen Aufbau zu helfen.

Nach der Öffnung der osteuropäischen Staaten hatte der Bundesrat zu Beginn der 1990er-Jahre die Gemeinden aufgefordert, Partnerschaften mit Städten aus diesen Ländern einzugehen. Die Stadt Luzern unterhält seither Städtepartnerschaften mit der polnischen Stadt Cieszyn und der tschechischen Stadt Olomouc. Die Staaten Osteuropas hatten sich seinerzeit in ihren Transformationsprozessen an den westeuropäischen Demokratien orientiert. Die Stadt Luzern konnte unter diesen Voraussetzungen konkrete, angemessene Unterstützung bieten.

Im Fall der nordafrikanischen Staaten ist ein solcher Aufruf nicht oder noch nicht ergangen. Am 15. Juni 2012 hat sich der Nationalrat für die Annahme des Postulats „Förderung von Städte- und Gemeindepartnerschaften mit Gemeinden aus dem befreiten Arabien und Nordafrika“ von Cédric Wermuth ausgesprochen. Damit sollen die Bestrebungen zur Errichtung von Partnerschaften erleichtert werden. Für eine aktive Unterstützung der Kommunen fehlen jedoch die rechtlichen Grundlagen und finanziellen Mittel. Von der politischen Direktion „Abteilung Mittlerer Osten und Nordafrika“ des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA erhielt die Stadt Luzern auf Rückfrage das Angebot, Kontakte zu möglichen Partnern vor Ort durch die zuständige Schweizer Botschaft herzustellen.

Noch bestehen kaum demokratisch legitimierte Verwaltungsstrukturen in den nachrevolutionären Staatsorganen. Die Unabhängigkeit und Rechtmässigkeit von Wahlen in den betroffenen Ländern scheint nicht immer gegeben zu sein. Die Städtepartnerschaft mit einer Administration einzugehen, welche in Kürze von einer anderen abgelöst zu werden droht, birgt für die Stadt Luzern bzw. deren Repräsentanten vor Ort durchaus nicht zu unterschätzende Gefahren.

Würdigung des Stadtrates

Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen stellt der Stadtrat nachfolgende Überlegungen an:

Es besteht zwischen Stadtrat und Grosse Stadtrat Konsens, die Städtepartnerschaften in der Bevölkerung zu verankern, indem das zivilgesellschaftliche Engagement gestützt wird. Es sollen partnerschaftliche Beziehungen entstehen, von denen beide Seiten profitieren, in welche beide Seiten investieren. Das bedeutet zugleich, dass der Luzerner Bevölkerung nur eine limitierte Zahl an Partnerschaften zugetraut werden darf. Es ist möglich, dass mit der heutigen Zahl von sechs Städtepartnerschaften die hohen Ansprüche nicht eingelöst werden können (vgl. die überwiesene Protokollbemerkung zum B+A 2/2011).

Unabhängig des Umstandes, dass der Grosse Stadtrat mehrmals bekräftigt hat, keine neuen Städtepartnerschaften eingehen zu wollen, bezweifelt der Stadtrat, dass eine formelle Städtepartnerschaft das adäquate Mittel ist, einzelne Städte, geschweige denn ganze Staaten, nach den Revolten zu Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand zu führen. Die Kraft der Stadt Luzern reicht dazu nicht aus.

Indessen verfügt die Stadt Luzern über das Konto Solidaritätsbeiträge, aus dessen Mitteln ZEWO-zertifizierte Hilfswerke unterstützt werden, welche Hilfe, häufig sogar erste Überlebenshilfe, vor Ort anbieten. Dem Stadtrat ist es ein Anliegen, diese Hilfe weiterzuführen. Neben der humanitären Nothilfe sind die Hilfswerke ebenso beim Aufbau von Demokratie und beim Schutz von Menschenrechten tätig.

Der Stadtrat lehnt die Motion ab.

Stadtrat von Luzern

